

Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik

Staatsangehörigkeit | Einwanderung | Asyl und Flüchtlinge | Kultur | Einreise und Aufenthalt | Integration | Arbeit und Soziales | Europa

Herausgeber:

Nele Allenberg
*Deutsches Institut für
Menschenrechte, Berlin*

Prof. Dr. Jürgen Bast
Universität Gießen

Prof. Dr. Jan Bergmann
*Präsident des Verwaltungsgerichts,
Stuttgart*

Prof. Dr. Uwe Berlit
*Vorsitzender Richter am
Bundesverwaltungsgericht a.D.,
Leipzig*

Dr. Wolfgang Breidenbach
Rechtsanwalt, Halle

Prof. Dr. Anuscheh Farahat
Universität Wien

Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano
Universität Kassel

Katrin Gerdsmeyer
Deutscher Caritasverband e.V., Berlin

Dr. Michael Griesbeck
*Vizepräsident Bundesamt für
Migration und Flüchtlinge, Nürnberg*

**Prof. (Yeditepe Univ. Istanbul) Dr.
Rolf Gutmann**
Rechtsanwalt, Schorndorf

Andrea Houben
*Vorsitzende Richterin am
VG Düsseldorf*
Prof. Dr. Constanze Janda
Universität Speyer

Dr. Sebastian Klaus
Rechtsanwalt, Darmstadt

Prof. Dr. Winfried Kluth
Universität Halle

**RiBVerfG Prof. Dr.
Christine Langenfeld**
Karlsruhe/Göttingen

Prof. Dr. Anna Lübke
Hochschule Fulda

Johanna du Maire
*Dienststelle des Bevollmächtigten
des Rates der EKD, Berlin*

Thomas Oberhäuser
Rechtsanwalt, Ulm

Andreas Pfersich
*Präsident des Verwaltungsgerichts,
Halle*

Dr. Hans-Eckhard Sommer
*Präsident Bundesamt
für Migration und Flüchtlinge*

Prof. Dr. Daniel Thym
Universität Konstanz

Ulrich Weinbrenner
*Ministerialdirektor,
Bundesministerium des
Innern und für Heimat, Berlin*

Schriftleitung:

Prof. Dr. Winfried Kluth
*(Abhandlungen – V.i.S.d.P.)
Universitätsplatz 10a
06099 Halle
E-Mail: zar@nomos-journals.de*

PräsVG Andreas Pfersich
*(Rechtsprechung)
E-Mail: an.pfersich@googlemail.com*

Prof. Dr. Jürgen Bast
*(Rezensionen)
E-Mail: jurgen.bast@recht.uni-giessen.de
Homepage: www.zar.nomos.de*

EDITORIAL

Neue Akzente in der internationalen Zusammenarbeit – Vorbild für die Migrationspolitik?

Die internationale Zusammenarbeit im Rahmen der verschiedenen Organisationen der Vereinten Nation und in anderen Formaten der bi- und multilateralen Kooperation zwischen Staaten ist in den letzten Jahren durch den Rückzug der USA als Akteur und Finanzier erheblich geschwächt worden. Erst jüngst haben sich die USA aus zahlreichen weiteren Organisationen zurückgezogen und damit der Fortführung von zahlreichen Projekten vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern die Grundlage entzogen. Auch Deutschland hat vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise und damit verbundenen deutlichen Minderung des Steueraufkommens, aber auch wegen hoher Finanzbedarfe in anderen Aufgabenfeldern sowie politischer Umorientierungen seine Beiträge zu den internationalen Organisationen deutlich gekürzt. In dieser besonderen Lage hat das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Ausrichtung seiner Politik und Projekt neu formuliert und auch vor dem Hintergrund der knapper gewordenen Mittel priorisiert.¹

Unter der Überschrift „Zukunft zusammen global gestalten“ werden vier vorrangige Handlungsfelder herausgearbeitet, die folgendermaßen vorgestellt werden:

■ Hunger, Armut und Ungleichheiten überwinden

„Die zentrale Aufgabe der Entwicklungspolitik ist es, Hunger, Armut und Ungleichheiten zu überwinden. Ein Fokus liegt dabei auf Kindern und Jugendlichen.

Die Themen Ernährung und Hunger erhalten im Haushalt des BMZ ein größeres Gewicht. Das BMZ konzentriert die Zusammenarbeit im Bereich Ernährungssicherung auf Regionen auf dem afrikanischen Kontinent, die besonders von Hunger und Armut betroffen sind.

Mit der Initiative „Sichere Ernährung – stark fürs Leben“ fördert das BMZ Schulernährungsprogramme, sowie die Mutter-Kind-Gesundheit in den ersten 1.000 Lebenstagen.

Das BMZ stärkt sein Engagement im Bereich Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene sowie Bewässerung und baut dabei auch auf deutscher Expertise auf.

Deutsche Entwicklungszusammenarbeit verbessert Bildung, Gesundheit und Zukunftsperspektiven von Kindern.

¹ BMZ, Reformplan "Zukunft zusammen global gestalten", 2026: <https://www.bmz.de/resource/blob/282486/reformplan-zukunft-zusammen-global-gestalten.pdf> (letzter Zugriff 11.2.2026).

■ **Frieden und Stabilität – nachhaltig Sicherheit fördern**

Entwicklungspolitik ist eine zentrale Säule der deutschen Sicherheits- und Friedenspolitik. Das BMZ arbeitet daran, Krisenländer zu stabilisieren, neue Krisen zu verhindern und bestehende Konflikte zu entschärfen. Zudem bringt das BMZ seine Perspektive im neu gegründeten Nationalen Sicherheitsrat ein. Regional konzentriert das BMZ seine Arbeit für Frieden und Stabilität auf die europäische Nachbarschaft, den Nahen Osten und Nordafrika, den Sahel und das Horn von Afrika.

Das BMZ wird Flüchtlinge in Aufnahmeländern diesen Regionen unterstützen. Im Fokus stehen die Hauptfluchtursachen Krieg, bewaffnete Konflikte und Vertreibung. Das BMZ wird den Wiederaufbau in Syrien, der Ukraine und perspektivisch in Gaza unterstützen. Die

deutsche Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Kommunen werden dabei eingebunden.

Die ressortübergreifende Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium der Verteidigung wird ausgebaut. Analyse, Krisenfrüherkennung und strategische Vorausschau werden in einer neuen Arbeitseinheit gebündelt.

■ **Wirtschaftliche Zusammenarbeit für nachhaltiges und gerechtes Wachstum ermöglichen**

Als große Export- und Industrienation ist Deutschland auf verlässliche internationale Partnerschaften angewiesen. Deshalb macht das BMZ die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Globalen Süden zu einem strategischen Schwerpunkt. Ziel sind Partnerschaften, von denen alle Seiten profitieren.

Der Aktionsplan „Wirtschaft und Entwicklung – Starke Partnerschaften für eine erfolgreiche Wirtschaft weltweit“ stärkt den Dialog mit der Wirtschaft. Das BMZ erleichtert den Marktzugang für Unternehmen, unter anderem durch angepasste Vergabe- und Förderinstrumente, auch für kleinere und mittlere Unternehmen.

Der nachhaltige Abbau und die Versorgung mit kritischen Rohstoffen für die grüne Transformation werden gezielt unterstützt. Das BMZ setzt auf nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und lokale Wertschöpfung in Partnerländern.

Partnerländer werden bei der Umsetzung und Einhaltung von Menschenrechts-, Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards unterstützt.

■ **Strategische Allianzen für globale Lösungen und das multilaterale System stärken**

Das BMZ setzt auf eine starke internationale Zusammenarbeit und ein leistungsfähiges multilaterales System. Deutschland und Europa übernehmen dabei eine sichtbare Führungsrolle. Dies geht einher mit der Einbeziehung und Unterstützung der Interessen des Globalen Südens:

Das BMZ wird eine entwicklungspolitische Nord-Süd-Kommission einrichten. Multilaterale Institutionen werden gestärkt und Reformbereitschaft gefördert (Reform Champions). Strategische Allianzen, auch mit Golfstaaten, werden auf- und ausgebaut. Das BMZ setzt sich für eine gerechte internationale Finanzarchitektur ein und treibt innovative Finanzierungsmodelle voran.

Multilaterale Initiativen im Bereich Klima und Gesundheit werden priorisiert und gleichzeitig reformiert. Das Engagement für Gesundheit wird vor allem multilateral umgesetzt. Zivilgesellschaftliche Organisationen bleiben zentrale Partner für das BMZ und sollen künftig eine stärkere Rolle bei der Umsetzung der übergeordneten Ziele übernehmen. Auch Verfahren, Instrumente und Prozesse werden umfassend modernisiert. Unser Ziel ist mehr Effizienz, weniger Bürokratie, einfachere Verfahren und Regularien.“

Diese vier Schwerpunkte lassen eine klare ordnungspolitische Agenda erkennen, die verbal auch im Bereich der Migrationspolitik latent anzutreffen ist, sich in den konkreten Akten der Gesetzgebung und internationalen Zusammenarbeit aber teilweise nur schwer wiederfinden lässt. Das gilt etwa für die konsequente Achtung der Menschenrechte sowie die partnerschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

Vor diesem Hintergrund ist auch im Interesse der Kohärenz der deutschen Politik im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Migration zu empfehlen, die den traditionellen Wertgrundlagen der deutschen und europäischen Politik entsprechenden politischen Leitlinien auch im Bereich der Migrationspolitik als Orientierung und Selbstverständnis heranzuziehen. Das dürfte vor allem für die umfangreichen Bemühungen zur Gewinnung von mehr Fachkräften für den deutschen Arbeitsmarkt förderlich sein.

Prof. Dr. Winfried Kluth

Neu in Ihrem Abonnement:

Der monatliche Newsletter „Informationsdienst Migrationsrecht (MigRI)“! Sie haben die aktuelle Ausgabe des MigRI noch nicht automatisch per E-Mail erhalten? Dann registrieren Sie sich **gratis** unter nomos.de/migri.